



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

wir sind bisher gut damit gefahren, die Schutzmaßnahmen immer auf das jeweilige Infektionsgeschehen abzustimmen. Dabei schauen wir nicht nur auf das Gestern und das Heute, sondern auch auf mögliche Entwicklungen in der Zukunft. Daran sollten wir festhalten. Mit Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Härten, die die Schutzmaßnahmen leider auch mit sich bringen, wollen wir so früh, wie es vertretbar ist, aber auch so sicher wie möglich für mehr Freiräume sorgen. Wichtige Bausteine in der Pandemiebekämpfung sind Corona-Tests und Impfungen. Beide Kampagnen nehmen weiter an Fahrt auf. Die Liefermengen beim Impfstoff erhöhen sich und die Zulassung eines weiteren Impfstoffs wird bald erwartet. Wichtig ist: Alle zugelassenen Impfstoffe sind sicher und wirksam. Sie schützen alle äußerst zuverlässig vor schweren Krankheitsverläufen. Wir müssen uns jetzt darauf vorbereiten, dass die Impfzentren allein den verfügbaren Impfstoff nicht mehr verimpfen können. Hier muss eine klare Strategie stehen, bei der beispielsweise auch Hausärzte eingebunden werden.

Wir erleben in der schwersten Krise unseres Landes seit 75 Jahren auch viele Stärken unserer Gesellschaft: stabile demokratische Institutionen, hohes bürgerschaftliches Engagement und europäische Solidarität. Gleichzeitig hat uns die Krise aber auch deutlichen Handlungsbedarf aufgezeigt — bei verwaltungsinternen Planungs- und Entscheidungsprozessen, bei der Digitalisierung des Staates und beim Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Deshalb müssen wir prüfen, wie unser Staat und die Verwaltung effizienter und schneller arbeiten können und sich unsere föderalen Strukturen optimieren lassen. Wir wollen hier Neues wagen und die Vorteile unserer Staatsordnung in das 21. Jahrhundert tragen. Es gilt, nicht mehr Zeitgemäßes zu reformieren. Daran werden wir als Union in den kommenden Wochen und Monaten arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre und Eure



## Bericht aus Berlin

### Wir helfen Unternehmen und Familien

Mit dem dritten Corona-Steuerhilfegesetz setzen wir die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Februar 2021 um. Unter anderem sieht das Gesetz die Verlängerung der gewährten Umsatzsteuersatzermäßigung auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken bis zum 31. Dezember 2022 vor.



Außerdem soll für jedes im Jahr 2021 kindergeldberechtigte Kind ein Kinderbonus von 150 Euro gewährt werden. Mit dem erneuten Kinderbonus helfen wir unbürokratisch Familien bei der Bewältigung der finanziellen Herausforderungen der aktuellen Situation. Schließlich wird der steuerliche Verlustrücktrag für die Steuerjahre 2020 und 2021 nochmals erweitert und auf 10 Mio. Euro bei Einzelveranlagung und 20 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung angehoben. Somit verschafft dieses Gesetz den Betrieben finanzielle Spielräume, die vor der Wirtschaftskrise hohe Steuern bezahlt und ihren Verlustrückgang selbst vorfinanziert haben.

### Sozialschutzpaket III — Folgen der Krise abfedern

Das Sozialschutzpaket III, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, soll die sozialen Folgen der Corona-bedingten wirtschaftlichen Krise abfedern. Teil dieses Pakets ist die Verlängerung des vereinfachten Zugangs zu den Grundsicherungssystemen sowie der erleichterten Vermögensprüfung beim Kinderzuschlag bis zum 31. Dezember 2021. Zudem werden die Sonderregelungen für gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Schulen, Kindertagesstätten und Werkstätten für



Menschen mit Behinderungen bis zum 30. Juni 2021 verlängert. Erwachsene Leistungsberechtigte der sozialen Mindestsicherungssysteme sollen eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 150 Euro je Person für das erste Halbjahr 2021 erhalten. Schließlich wird im Künstlersozialversicherungsgesetz geregelt, dass ein Unterschreiten des für eine Versicherung mindestens erforderlichen Jahreseinkommens von 3.900 Euro auch im Jahr 2021 keine negativen Auswirkungen auf den Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung hat.



## Bericht aus Berlin

### Mehr Frauen in Führungspositionen

Wir wollen, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen. Dieses Ziel verfolgen wir mit einem Gesetzentwurf, den wir am Donnerstag in erster Lesung berieten. So werden die Vorgaben des Bundesgremienbesetzungsgesetzes auf Aufsichtsgremien und wesentliche Gremien ausgeweitet, bei denen der Bund zwei Mitglieder bestimmen kann. Das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2025 soll gesetzlich festgeschrieben werden. Für Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes soll bei mehr als zwei Mitgliedern im Geschäftsführungsorgan eine Mindestbeteiligung für Frauen und Männer gelten. Daneben soll die fixe Mindestquote für den Aufsichtsrat Anwendung finden. Für die Leitungsorgane der Körperschaften im Bereich der Sozialversicherung soll eine Mindestbeteiligung von einer Frau und einem Mann eingeführt werden. Zudem soll geregelt werden, dass der Vorstand – sofern der Vorstand eines börsennotierten und zugleich paritätisch mitbestimmten Unternehmens aus mindestens vier Mitgliedern besteht – mit mindestens einer Frau und mindestens einem Mann besetzt sein muss.

Außerdem muss zukünftig begründet werden, wenn die beiden obersten Führungsebenen unterhalb des Vorstands und dem Aufsichtsrat ohne Frau besetzt werden sollen. Darüber hinaus werden entsprechende Berichtspflichten eingeführt; die Verletzung der Berichtspflichten wird sanktioniert. Freiwillige Lösungen haben bisher nicht den erhofften Erfolg gebracht.

### Nachhaltigkeitsprämie wichtig für Waldumbau

Unser Wald braucht Hilfe! Extreme Wetterereignisse, Schädlinge und Brände setzen ihm zu. Das zeigt der neueste Waldzustandsbericht. Vor diesem Hintergrund war es richtig, die 500 Mio. Euro schwere Nachhaltigkeitsprämie auf den Weg zu bringen. Dafür haben wir uns von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stark gemacht. Mit dieser kurzfristigen und unbürokratischen Hilfe wollen wir die Waldeigentümer beim notwendigen Waldumbau unterstützen. Langfristig müssen wir mehr Holz als Werkstoff einsetzen. Nur so können wir unser Multitalent Wald nachhaltig bewahren.







## Bericht aus Berlin

### Weiteres aus dem Plenum

**Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung.** Unser Gesetzentwurf verbessert die Transparenz in Qualität und Versorgung der Versicherten bei Krankenhausbehandlungen. Leistungen für die Versicherten sollen ausgeweitet werden, indem beispielsweise der Anspruch auf Einholung einer Zweitmeinung für weitere planbare Eingriffe erweitert wird. Ambulante und stationäre Vorsorgeleistungen in anerkannten Kurorten sollen in Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung umgewandelt werden. Für die Behandlung von Adipositas ist ein neues strukturiertes Behandlungsprogramm vorgesehen. Weiterhin soll die Koordination in Hospiz- und Palliativnetzwerken gefördert werden. Auch die ambulante Notfallversorgung wird durch ein einheitliches Ersteinschätzungsverfahren im Krankenhaus entlastet.

**Gesetz für faire Verbraucherverträge.** Der Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung diskutierten, enthält eine Vielzahl Verbraucherschützender Regelungen. Mindestvertragslaufzeiten sollen reguliert werden: So sollen künftig Anbieter von zweijährigen Laufzeitverträgen verpflichtet sein, auch einjährige Laufzeitverträge anzubieten, die maximal 25 Prozent teurer sein dürfen. Abtretungsausschlüsse im Kleingedruckten werden verboten. Durch die Einführung eines Textformerfordernisses für Energielieferverträge mit Haushaltskunden sollen Verbraucher besser vor telefonisch aufgedrängten oder untergeschobenen Energielieferverträgen geschützt werden. Um Rechtssicherheit beim Kauf gebrauchter Gegenstände zu schaffen, soll außerdem eine Klarstellung zur Gewährleistung beim Verbrauchsgüterkauf vorgenommen werden.

**Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien.** Ob es um Honorare und Gehälter, Auftritts- oder Ausstellungsmöglichkeiten, die Vergabe von Preisen und Stipendien oder um die Besetzung von Führungspositionen in Kultureinrichtungen geht – Frauen haben auch hier oft noch schlechtere Chancen als Männer. In diesem Antrag der Koalitionsfraktionen fordern wir deshalb Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und künstlerischem Beruf, mehr Datenerhebungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern und – nach Geschlechtern getrennt – zur Vergabe von bundesgeförderten Preisen und Stipendien. Jurys und die Aufsichtsgremien des Rundfunks sind ausgewogen zu besetzen. Zur faireren Bezahlung von Künstlerinnen und weiblichen Kreativen werden Honorarempfehlungen in den Förderrichtlinien angeregt.

Einen Überblick über die rund 24 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).

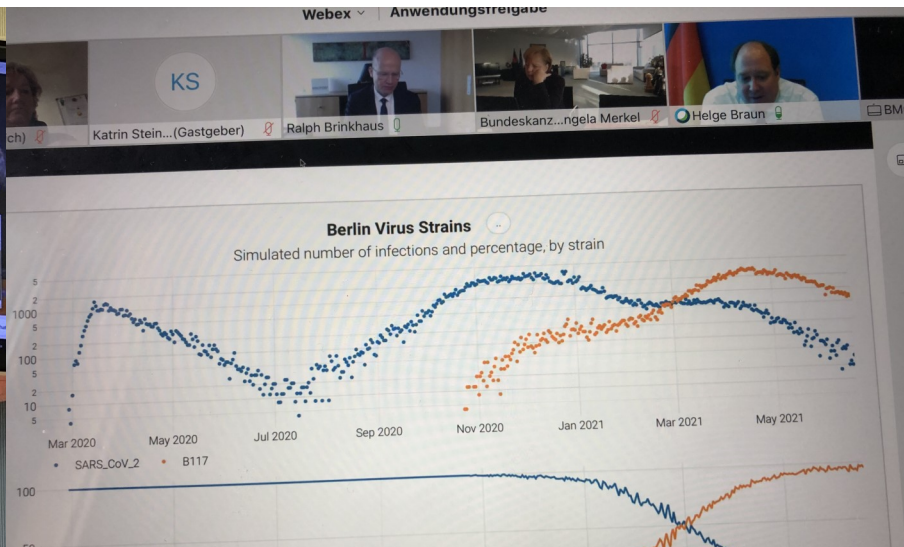


## Bericht aus Berlin

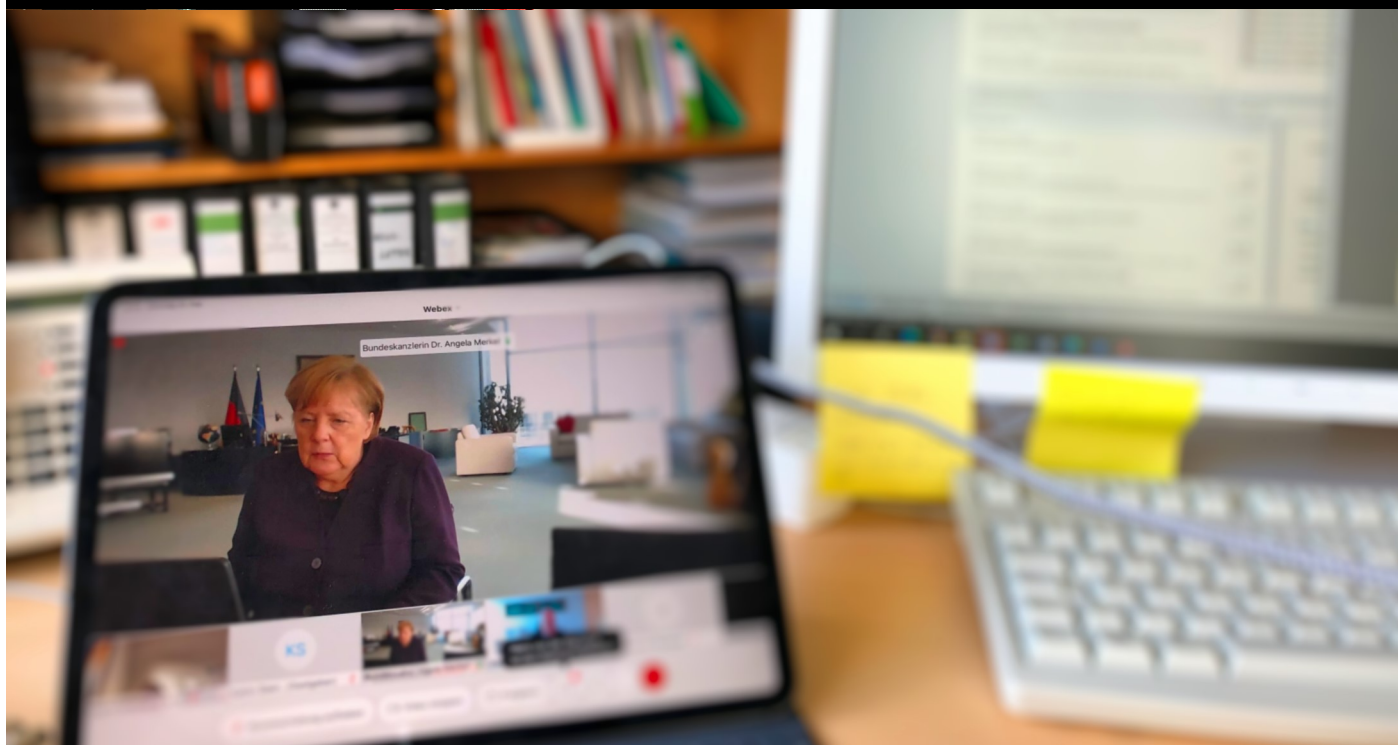
### Impressionen aus Berlin



Physische Teilnahme an hybrider Sitzung des Familienausschusses.



In der Fraktionssitzung befassten wir uns mit der zahlenmäßigen Entwicklung der Pandemie.



Digitales Multitasking in meinem Bundestagsbüro.



**Sprechen Sie uns an —  
wir sind gerne für Sie da!**

## **Kontakt/Impressum**

### **Ingrid Pahlmann MdB**

#### **Bundestagsbüro Berlin**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 11, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-72341  
Fax: 030 227-76067  
E-Mail: [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 740 69 28  
Fax: 05371 937 38 74  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)  
Ansprechpartner: Frederick Meyer

#### **Wahlkreisbüro Peine**

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine  
Telefon: 05171 769 92 49  
Fax: 05171 150 34  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)  
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



## **Copyright**

Bilder:

**Kopfzeile S. 2-5:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

**Kopfzeile S. 6:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Bilder Pixabay oder privat.